Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 240. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 24. Mai 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

55. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (23. Mai).

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministertisch der Finanzminister v. Bodelschwingh, der Handelsminister Graf Itzenplitz mit den Reg.-Commissaren Philippsborn, Moser und Hasselbach.

Präsident Grabow verliest zahlreiche Urlaubsgesuche und läßt das Haus sofort in die Tagesordnung eintreten, deren erster Gegenstand der Handelsvertrag zwischen dem deutschen Zollverein und Oesterreich ist. Die vereinigten Commissionen für Finanzen und Handel beantragen, bekanntlich seine Genehmigung. Nachdem der Berichterstatter, Abg. Michaelis, zwei nicht erhebliche Druckfehler in der Regierungsvorlage resp. im Bericht der Commission berichtigt hat, wird die allgemeine Discussion über den Bericht eröffnet. Zuerst erhält das Wort der Abg. Löwe (Bochum) gegen den Vertrag: Meine Bedenken gründen sich auf den § 25 des Vertrages, der wie der § 25 des analogen Vertrages vom Jahre 1853 wieder die allgemeine deutsche Zolleinigung mit dem gesammten Oesterreich in Aussicht stellt. Wir Alle wissen, daß der letztere § die Schuld trug, wenn der Widerstand gegen den Vertrag mit Frankreich die Kraft entwickeln konnte, 2½ J. lang seinen Abschluß zu verzögern und der ausländischen Industrie einen Vorsprung auf den Märkten zu gestatten, auf denen die uns'rige zu ihrem Schaden zu spät erscheinen mußte.

Nun sagt man zwar: Der Vertrag mit Frankreich ist trotzdem durchgesetzt und die bezügliche Bestimmung in Betreff Oesterreichs im vorliegenden Vertrage günstiger gefaßt als in dem von 1853; die Autonomie des Zollvereins, wird gesagt, ist ausdrücklich gewahrt und Oesterreichs Einwirkung auf ihn unmöglich gemacht. Diese Sprache, diese Genügsamkeit mit solchem Resultate beweist nur, daß die Regierung wie die öffentliche Meinung von dem mehrjährigen Widerstande, den sie bis zur Erneuerung des Vereins überwinden mußten, ausgemüdet sind, und daß die großen, über die Erneuerung des Vereins hinausgehenden Aufgaben, als der Eintritt in den großen freien Verkehr des westlichen Europa's und eine bessere Organisation des Vereins, der seine Bewegung erleichtert, in den Hintergrund getreten und vergessen sind. Diese Erfahrungen lehren uns, welche Wege zu meiden sind, wenn der revolutionäre Umsturz nicht provocirt werden soll. In den Jahren 1860 und 1861 wurden die Bestrebungen der Regierung von zwei gewaltigen Strömungen unterstützt: von der entwickelten Erkenntniß der Bedingungen des National-Wohlstandes, der wachsenden Macht der Principien der Handelsfreiheit und dem Drang nach nationaler Einigung. Diese Strömungen verbanden sich und steigerten sich gegenseitig gegenüber einer schutzzöllnerischen Bewegung, welche dem unnatürlichen Zustande, in dem sich Oesterreich befindet, Dauer verleihen will. Ich will keine Feindseligkeit gegen Oesterreich, sondern ein ungestörtes Nebeneinandergehen; aber ich erinnere an das Prognostikon, das der Abg. v. Hennig dem Vertrage von 1853 seiner Zeit stellte und das leider in einem Umfange in Erfüllung gegangen ist, das seinem patriotischen Herzen gewiß wehe gethan hat.

Die neue Auflage des alten § 25 ist nichts weiter als der verhüllte Anspruch auf den Eintritt Gesammtösterreichs in den deutschen Bund, auf die Herrschaft in und über Deutschland. Lassen Sie sich dadurch, daß der Hr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten durch seine Abwesenheit glänzt, nicht in die Täuschung versetzen, als habe der Vertrag keine politische Bedeutung, zumal bei der gegenwärtigen Leitung unserer auswärtigen Politik, die keinen positiven Schritt auf dem uns vorgeschriebenen Wege vorwärts gethan hat, vielmehr ihn in einer Weise vernachläßt, für die kein Ausdruck stark genug ist. Bald drängt sie Oesterreich heraus, bald schließt sie innige Beziehungen mit ihm, die wahrlich nicht auf der Basis freiheitlicher Principien beruhen und der Entwickelung derselben nicht zu Gute kommen sollen. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit muß uns eine Warnung sein, uns in Beziehungen mit Oesterreich einzulassen, die nicht übersehbar sind. Wenn unsere politische Lage jetzt eine so bedrängte ist, wenn der Hr. Ministerpräsident gezwungen ist, in 6 Wochen zweimal sein System zu wechseln, dann liegt eben der Grund darin, daß er auf eine Verbindung mit Oesterreich eingegangen ist, die er nicht übersehen konnte. Sollen wir das noch einmal erleben blos aus Mangel an Vorsicht und politischer Vorbildung? Nein, wenn Sie ein gutes Verhältniß mit Oesterreich wollen, so lassen Sie es ruhig bei Seite liegen und sagen Sie ihm blos: wenn Du in der höchsten Noth bist, werden wir unsere gemeinsamen Interessen gemeinsam vertreten. Das deutsche Element in Oesterreich fühlt gerade so wie wir, theils, wie ich zugeben muß, aus Schutzzoll-Interessen, theils weil man dort weiß, daß diese Allianz die constitutionelle Freiheit in beiden Staaten mit Füßen treten soll.

Außer dem § 25 erscheint mir auch der Zollkartell höchst bedenklich. Ich bin bereit, Opfer zu bringen, um Oesterreich zu soulagiren; wenn es aber einen so hohen Tarif aufrecht erhält, wie es geschieht, so bin ich dagegen, zu seiner Erhaltung einen so abnormen Beitrag zu leisten. Wären unsere Verhältnisse mit Oesterreich geordnet, so würde ich den Vertrag mit ihm noch einmal ansehen, aber gerade unter diesem Ministerium ist es mir unmöglich, für ihn zu stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Becker (Dortmund) für den Vertrag. Eine Petition schlesischer Hüttenbesitzer verlangt von uns Ablehnung des Vertrages, da er ihre Producte ungünstiger stellt, als der vom Jahre 1853. Das ist wohl wahr, aber die Petenten haben übersehen, daß, wenn ihr Wunsch in Erfüllung ginge, ihre Producte durch den allgemeinen österreichischen Tarif noch viel schlechter gestellt würden. Ordinäres Stabeisen zahlt nach dem Vertrage von 1853 1 Fl., soll nach dem neuen Vertrage 1½ Fl. zahlen und würde nach dem allgemeinen Tarif 2 Fl. zahlen. Desgleichen Eisenblech 1½, resp. 2½ und 4 Fl., grobe Eisen- und Stahlwaaren 2½, resp. 4 und 10 Fl. Die höchsten Ziffern würden zutreffen, wenn der Vertrag nach dem Wunsche der Petenten abgelehnt würde. Und vergessen wir nicht, daß der Gedanke einer Erhöhung der Eisenzölle, der unter allen Umständen eine Verirrung ist, ursprünglich im Zollvereine geboren wurde, durch die Agitation unserer Schutzzöllner in Schlesien, Westfalen und am Niederrhein gegen den Vertrag mit Frankreich.

Diese haben gelehrt, daß mit der Herabsetzung der Eisenzölle alles zu Grunde gehen zu sehen, jetzt die Früchte ihrer Agitation in Oesterreich, wo zufällig sogar dieselbe Persönlichkeit die leitende ist, die unsere Schutzzöllner leitete. Der Zollcartell kommt ferner nicht blos Oesterreich zu Gute; die Schmuggler als geriebene Geschäftsmänner, schmuggeln hüben und drüben; sie werden todtgeschossen oder in's Zuchthaus gesteckt, während ihr Chef reich, ja, Commercienrath wird. Dem tritt der Cartell zum Vortheil für beide Seiten entgegen. — Der § 25 ist eine harte Nuß, er ist unschön, ja, unanständig: der eine Theil weiß im voraus, daß er ihn nicht erfüllen will. Aber die österreichischen Umtriebe, die der Abg. v. Hennig im Jahre 1853 richtig voraussah, hätten auch ohne den § 25 des damaligen Vertrages, schon auf Grund des Art. 19 der Bundesakte, ihre Entstehung finden können; dafür sorgt die Vielheit der deutschen Staaten mit ihren selbstsüchtigen Dynastien, mit ihren selbstsüchtigen Staatsmännern und Staatsmännerchen. Auch ohne eine solche Bestimmung würden sie Vorwände zu Hetzereien, Nörgeleien und Stänkereien finden. Ich stimme also für den Vertrag, obwohl er den unanständigen § 25 enthält; denn durch Annahme desselben setzen wir uns keiner größeren Gefahr aus, die uns nicht schon durch die Bundesacte bereitet werden könnte.

Abg. Schulze (Berlin) gegen den Vertrag. Ich gehöre auch zu Denjenigen, welche jede Zollerleichterung, jede Erweiterung des Freihandelssystems mit Freuden begrüßen, und hier thue ich es um so mehr, weil ich den Zollverein für reif erachte für den Freihandel, weil ich es zu schätzen weiß, daß wir immer mehr Märkte, immer größere Ausdehnung für den Exporthandel gewinnen. Ich verkenne nicht die Vortheile, welche aus dem Vertrage mit Oesterreich erwachsen, daß aus den Tarifsätzen manche Erleichterungen hervorgehen. Meine Opposition gegen den Vertrag beruht auf politischen Motiven. Es ist vollkommen unwahr und unrichtig, daß man die Handelspolitik von der allgemeinen Politik trennen kann; erstere ist ohne letztere nicht denkbar. Blicken Sie doch auf England, was anders, als die Handelspolitik ist dort das bestimmende Element für die allgemeine Politik. § 25 des Vertrages stellt nun etwas völlig Unmögliches in Aussicht: die Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung. Dies ist unmöglich bei einer vollen Selbständigkeit der Politik der großen Staaten, nur wenn in dieser Beziehung eine Einigung zu Stande käme, hätte eine handelspolitische Einigung etwas zu bedeuten. Denken Sie doch an den Fall, daß Oesterreich einen Krieg führt, der uns gar nichts angeht, z. B. mit Ungarn, so werden doch davon die Verhältnisse des Zollvereins ganz empfindlich berührt bei den Aus- und Einfuhrverboten u. dgl. m. Wir können Zollschranken zwischen uns und Oesterreich niederreißen, und das werde ich gewiß willkommen heißen, allein wir können mit Oesterreich nicht gemeinsame Zollschranken errichten. Nur bei den ganz anomalen Verhältnissen in Deutschland ist der Zollverein überhaupt nützlich geworden, nur dadurch, daß eine Anzahl kleiner Staaten, die an sich nichts bedeuten, sich an die großen anlehnen müssen, und daher auf eine Gemeinsamkeit in jeder Beziehung der Politik angewiesen sind.

Ich meine, daß es unwürdig ist, Verträge abzuschließen, in welchen man dem Mitcontrahenten etwas Unmögliches in Aussicht stellt. Was aber noch als ein weit größeres politisches Bedenken gegen den Vertrag spricht, das ist die unendliche Widerwilligkeit der süddeutschen Staaten gegen Preußens Herrschaft in Deutschland — denn das ist ja ganz unzweifelhaft, daß wer in der Handelspolitik das erste Wort spricht, auch in der großen Politik die größte Bedeutung habe — gegen Preußens Einfluß aus dynastischer Eifersüchtelei; es steht damit so, daß die Südstaaten sich von Preußen losmachen und mit Oesterreich einen Zollverein bilden möchten. Dies Bedenken steht über dem allerdings erzielten Resultat, daß der Vertrag eine bessere Fassung erhalten hat, als der frühere. Den Vertrag vom Jahre 1853 schloß Preußen mit Oesterreich ab, den heutigen schließen die einzelnen Staaten, für sich eins, im Namen des Zollvereins mit Oesterreich, ich weiß daher nicht, ob sie nur als Vertreter des Zollvereins oder als selbstständige Staaten zu betrachten sind. Der Zollverein kann die Handhaben, die ihm der Vertrag bietet, benutzen und, wider den Willen der einzelnen Bevölkerungen, seinem Widerstreben gegen Preußen Ausdruck geben. Freilich hat Preußen seine Autonomie gewahrt, es kann leicht zurücktreten, aber dann würde auch seine völlige Isolirung die unausbleibliche Folge sein. — In Bezug auf den Cartell möchte ich bemerken, daß ja Niemand im Hause den Schmuggel befördert wissen will, allein das, was der Abg. Becker darüber gesagt hat, scheint mir übertrieben. Ich glaube, wir werden, wenn wir den Vertrag ablehnen, bewirken, daß Oesterreich viel geneigter sein wird, uns künftig bessere Concessionen zu machen. Wir bekommen weit eher einen besseren Vertrag, während wir, wenn wir den Vertrag abschließen, die jetzigen unerträglichen Zustände verewigen!

Ich weiß nicht, wie sich die Majorität für den Vertrag stellen wird, aber auch für den Fall der Annahme, halte ich es für die Pflicht der preußischen Volksvertreter, diese Bedenken und politischen Verwahrungen dagegen zu constatiren, damit nicht, wenn man uns künftig mit den Handhaben und Interpellationen, welche der Vertrag bietet, und in Bezug auf welche Oesterreich und die Südstaaten von dem jetzigen Ministerium in Preußen sehr viel lernen können, könnte damit dann nicht auf uns der Vorwurf fallen, uns nicht verwahrt zu haben gegen Verträge, die gegen das Aufblühen unseres Handels und die Selbstständigkeit unserer Politik so bedenklich wären. Deshalb thuen wir am Besten, wir lehnen den Vertrag ab (Beifall zur Linken).

Reg.-Comm. Geh. Rath Philippsborn: Ich erkenne an, daß der § 25 nicht auf unseren Wunsch, sondern den Oesterreichs in den Vertrag hineingezogen ist. Wir haben nach sorgsamer Erwägung gefunden, daß wir es unseren Verhältnissen zu Oesterreich nicht entsprechend finden können, ihn, wie er jetzt liegt, abzulehnen. In diesem Artikel liegt keine andere Verpflichtung für uns, als die eine, die in Rede stehende Frage überhaupt diskutiren zu wollen. Solchen Diskussionen und Erörterungen können wir aber mit vollkommener Ruhe entgegensetzen. Die von beiden Seiten dazu abgeordneten Commissare bekommen ihre ganz bestimmten Instructionen, die man nach den finanziellen volkswirthschaftlichen Interessen gewissenhaft bemessen wird. Allerdings — ich kann es nicht leugnen — ist der frühere Art. 25 bis zum Jahre 1863 hauptsächlich die Handhabe gewesen zu den handelspolitischen Agitationen der letzten Jahre. Viele haben sich darauf gestützt, und viele haben davon gesprochen, die ihn vielleicht niemals in ihrem Leben gelesen zu haben; wer sich aber die Mühe geben wollte, seine eigentliche Tendenz richtig und unbefangen anzusehen, wird keinen Grund zu Besorgnissen finden können. Aber alle jene Agitationen und Bewegungen, die stattgefunden haben, liegen in der Situation, und es kommt nur darauf an, wer und wie man die Situation beherrscht. Wir sind gewöhnt an solche Agitationen, und werden ihnen, sollten sie wieder eintreten, mit ruhiger Festigkeit entgegentreten, und hoffentlich auch mit demselben Erfolge, wie bisher.

Abg. Prince-Smith: Im Allgemeinen, m. H., liegt die Sache so. Man konnte das bisherige Verhältniß in Oesterreich, das Differenzialzoll-System, nicht erneuern und fortsetzen, weil man es als unvolkswirthschaftlich erkannt, und ihm im § 31 des Handelsvertrages mit Frankreich wissentlich und geflissentlich einen Riegel vorgeschoben hat. Mithin mußte man einen neuen Vertrag abschließen, wenn nicht die allgemeinen Tarife in Anwendung kommen sollten. Für Oesterreich wäre das allerdings keine große Störung, denn der jetzige Tarif ist nur in wenigen Theilen höher, in den meisten niedriger. Wenn dagegen der österreichische Tarif für Preußen in Anwendung kommen sollte, so wäre das eine totale Unterbrechung unserer Handelsverhältnisse. Nun sagt man wohl, der jetzige Tarif könne in Oesterreich nicht aufrecht erhalten werden, es müsse ein besserer nachfolgen; aber worauf stützt man denn solche Hoffnungen? Der Vertrag ist am Sonnabend vom österreichischen Reichstage angenommen worden; da handelte es sich einfach um Annehmen oder Ablehnen, nicht um Amendiren, und die politische Rücksicht, welche dabei mitwirkte, war die Erhaltung des jetzigen Ministeriums. Verwerfen wir den Vertrag und rechnen wir auf allgemeine Reformen, so bin ich überzeugt, die Ergebnisse werden weniger günstig sein, als die jetzigen. Der Tarif A. ist, wenn auch nur ein vorläufiger, so doch ein großer Schritt vorwärts. Der Tarif ist nicht viel höher, als unsere Zolltarife. In den höchsten Positionen ist der Tarif A. allerdings höher, als die Zollvereinstarife, allein diese Positionen haben wenig Bedeutung. Die Revision der Mittelsätze ist das entscheidende Moment. Der § 25 des alten Vertrages, aus welchem der jetzige § 25 entstanden, ist allerdings die Veranlassung zu derjenigen Agitation geworden, welche eine zweijährige Verzögerung des französischen Handelsvertrages herbeigeführt hat. Aber wodurch haben wir jene Agitation überwunden? Durch die Zollvereinsverträge. Wenn Sie den Vertrag verwerfen, so beseitigen Sie nicht die Handhabe, um die Autonomie Preußens zu hemmen; wenn wir den Vertrag verwerfen und den § 25 beseitigen, so entgehen uns die Vortheile, die wir davon erwarten, aber wir entgehen den Nachtheilen nicht, von denen wir fürchten, daß sie uns daraus erwachsen.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Die Zollangelegenheiten in Oesterreich werden im Großen und Ganzen denselben Gang gehen, den sie mit dem Zollverein gegangen sind. Wir würden zu dem jetzigen Tarif und der Verlängerung des Zollvereins nicht gelangt sein, hätten wir nicht vorher den Vertrag mit Frankreich gehabt. Aehnlich wird durch die Annahme dieses Vertrages Oesterreich der Weg gebahnt werden, in derselben Weise, wie wir, weiter zu gehen. Lehnen Sie aber den Vertrag ab, so wird das sicher nur eine Stärkung der Prohibitivpartei in Oesterreich sein, und nicht blos dort, sondern in ganz Europa; denn, m. H., wir verhandeln jetzt nicht nur mit Oesterreich, sondern auch mit der Schweiz, mit Belgien und mit England, und glauben auch bald mit Rußland zu verhandeln. — Wahr ist es wohl, daß für die Provinz Schlesien manche Bestimmungen dieses Vertrages nicht so günstig sind, wie der Vertrag von 1853, und das betrübt mich gewiß, wie uns Alle, aufs stärkste. Aber, m. H., ein Verhandeln kann nur bestehen im gegenseitigen Nachgeben und Sichverstehen. Weder der Eine noch der Andere kann unbedingt vorschreiben: „So will ich es haben!" Mehr war für den Augenblick nicht zu erlangen. Verwerfen Sie aber den Vertrag, dann läuft der Vertrag von 1853 ab und die Provinz Schlesien und die anderen, dem Vertrage unterliegenden Gegenden kommen in eine noch viel schlechtere Lage. — Daß Preußen etwa bei den eventuellen künftigen Verhandlungen über den § 25 isolirt stehen würde, ist eine Besorgniß, die ich ganz und gar nicht theile. Der Zollverein, nachdem er nun noch einmal verlängert worden, ist so fest gekettet in den ganzen Bevölkerungen seiner Länder, daß keine Regierung mehr im Stande sein wird, auszuscheiden. (Hört! Bravo! rechts.) Eine Auflösung des Zollvereins, davon seien Sie überzeugt, kann keine Regierung mehr fertig bekommen.

Abg. Röpell (Danzig), (gegen den Vortrag): M. H! Vor zwölf Jahren hatte das Abgeordnetenhaus über dieselbe Frage Beschluß zu fassen. Auch damals waren in der Commission mannichfache Bedenken erhoben worden, namentlich gegen Art. 25, der wie der Artikel 25 des heute vorliegenden Vertrages die künftig anzustrebende Zolleinigung in Aussicht nahm. Das Haus nahm indessen mit großer Majorität den Vertrag an. Damals sagte der Abgeordnete für Graudenz, jetzt für Straßburg: wenn der Art. 25 keine Phrase sei, so werde er leicht eine Macht werden, welche die Interessen Preußens schädigen könne. M. H.! Der Art. 25 hat 2½ Jahre lang den Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich gehindert, und 2½ Jahre lang den andern Völkern auf den neuerschlossenen Handelsmärkten einen Vorsprung gelassen, der schwer nachzuholen ist. Damals sagte der Ministerpräsident v. Manteuffel wie heute der Herr Regierungs-Commissär: daß dieser Artikel keinen der Contrahenten verpflichte, daß sie zu bestimmter Zeit nur zusammenkämen, sich bespräche, und wenn sie sich nicht vereinbarten, wieder auseinandergingen. Damals wurde, ganz wie heut von dem Herrn Handelsminister, von seinem Amtsvorgänger geltend gemacht: Wir haben erreicht, was wir irgend erreichen konnten; nehmen Sie den Vertrag an. Der damalige Abg. für Köln, jetzt für Geldern, pries den Handelsvertrag, der die bisher erbitterten Gegner für immer zu concurrirenden Freunden machen werde, eine Voraussetzung, die so wenig eingetroffen ist, daß man in der heutigen Situation noch Oesterreich und Preußen wenigstens für heimliche Gegner halten kann. — Nun, m. H., als es im Jahre 1862 den Abschluß des Handels-Vertrags mit Frankreich galt, da leitete Oesterreich aus diesem Art. 25 die ganz bestimmte Behauptung her, daß es ein Recht habe, mit gehört zu werden, und hielt dieses angebliche Recht, die Beschränkung unserer Autonomie, hartnäckig fest, so daß es nur der Energie der Regierung und des Abgeordnetenhauses zu danken ist, wenn der Handels-Vertrag mit Frankreich doch zu Stande gekommen ist.

Das ist die Bedeutung des Artikels 25, wenn er mit politischen Hintergedanken in Verbindung steht. Preußen macht im System des Freihandels Fortschritte, und Oesterreich, das immer noch Schutzzöllner ist, hat ein Interesse daran, zu verhindern, daß Preußen nicht zu weit fortschreite. — Was die wirthschaftliche Seite der Frage anbetrifft, so braucht man sich nur einige Hauptzahlen anzusehen, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß die Handelsbeziehungen zwischen dem Zollverein und Oesterreich lange nicht so erheblich sind, als man gewöhnlich annimmt. Die Handelsbewegung in Oesterreich hat nach amtlichen Nachweisen bei den vorzüglichsten Artikeln im Durchschnitt der fünf Jahre von 1860—64 sich wie folgt gestellt: Einfuhr in Oesterreich 250 Millionen Gulden, Ausfuhr 320 Mill. Gulden. Die Handelsbewegung zwischen dem Zollverein und Oesterreich stellte sich im Jahre 1864 auf 730,000 Ctr. Einfuhr gegen 680,000 Ctr., die aus anderen Ländern eingeführt wurden; also stellte sich die Einfuhr aus dem Zollverein zu der aus anderen Ländern fast wie 1 zu 1. Die Zollerträge Oesterreichs betrugen 1864 aus den Zollvereinsländern 800,000 Gulden, aus anderen Ländern ca. 2 Millionen Gulden; hier stellte sich also das Verhältniß wie 1 zu 2½. Betrachtet man endlich die Werthverhältnisse der Hauptartikel im Jahre 1864, so repräsentirte die Einfuhr aus dem Zollverein nach Oesterreich einen Werth von 141 Millionen Gulden = 94,000,000 Thlr. gegenüber einer Totaleinfuhr im Werthe von 312 Mill. Gld. = 172 Mill. Thlr. Die Ausfuhr von Oesterreich nach dem Zollverein hatte einen Werth von 160 Mill. Gld. = 106 Mill. Thlr. gegenüber der Totalausfuhr im Werte von 333 Mill. Gld. = 222 Mill. Thlr. Diese Zahlen beweisen hinlänglich, daß die Handelsbewegung mit Oesterreich im großen Ganzen sehr überschätzt worden ist. — Was den Abschluß des Contracts mit Oesterreich anbelangt, so heißt es nichts anderes, als daß wir den größten Theil der österreichischen Finanzwache bezahlen sollen.

So stehen wir, m. H., der Vorlage gegenüber, welche uns die Regierung über den neuen Handelsvertrag mit Oesterreich gemacht hat. Ich will zugeben, daß es ganz logisch ist, den Artikel 25 so zu interpretiren, wie ihn die Regierung interpretirt hat; ich will ferner einräumen, daß auch ohne diesen Artikel 25 Oesterreich aus allgemeinen politischen Antipathien gegen uns auf dem handelspolitischen Gebiete arbeiten wird; ich will endlich auch eingestehen, daß die Wucht der materiellen Interessen selbst die Ausführung dieses Artikels stets unmöglich und ihn damit völlig nichtsbedeutend macht, aber, Alles dies zugegeben, sehe ich doch nicht ein, weshalb wir uns den nach 12 Jahren vorauszusehenden neuen Kampf mit Oesterreich selbst erschweren sollen. Weswegen sollen wir in ihm unserer Autonomie auf handelspolitischem Gebiete ein Bleigewicht anhängen. Ich halte dafür, daß es ein großer Fehler gewesen ist, den Art. 25 in den neuen Vertrag aufzunehmen. Wie denkt man denn in Oesterreich von diesem Artikel? Hr. v. Hock hat im Reichsrathe erklärt: (Redner verliest die betr. Stellen). Ohne zu behaupten, daß der Art. einen eigentlich praktischen Werth habe, sei es schon von großer Bedeutung, daß die Zusammengehörigkeit Oesterreichs (d. h. also nicht blos Deutsch-Oesterreichs, sondern Galiziens, Böhmens, Ungarns, Kroatiens u. s. w.) mit Deutschland feierlich anerkannt worden ist. Herr v. Hock fügte hinzu, daß der Zollverein eigentlich gar nicht genöthigt sei, einen Handelsvertrag mit Oesterreich jetzt zu schließen, daß Oesterreich zwar in nächster Zeit, wenn der Vertrag scheitere, seine Zölle erhöhen könne, dann aber später, wenn es gelte, einen neuen Vertrag zu schließen, um so tiefer mit seinem Tarife werde hinabgehen müssen. So Herr v. Hock. Ich glaube nun, daß die handelspolitischen Interessen nicht verletzt werden, wenn wir diesen Vertrag ablehnen; ich hoffe sogar, daß uns bis Neujahr ein anderer Vertrag, der den Art. 25 nicht enthält, wird vorgelegt werden können.

M. H! Lesen Sie aus den letzten Reichstagsverhandlungen in Oesterreich die einzelnen Redner für und wider den Vertrag. Man hält in Wien den Vertrag für nothwendig, um die österreichischen Finanzen zu verbessern. Ich will nicht mehr aus diesen Verhandlungen anführen; der langen Reden kurzer Sinn ist einfach: Oesterreich braucht den Vertrag. Wenn wir den Vertrag verwerfen, so hat Oesterreich freilich das Recht, für die Zeit, die zwischen dem Ablauf des alten und dem Abschluß des neuen Vertrages liegt, seine Zölle zu erhöhen und es könnte, z. B. durch Erhöhung der Eisenzölle, einzelne Geschäftsbranchen erheblich schädigen, aber das allgemeine Landes-Interesse steht höher, und von dieser Rücksicht aus, m. H., bitte ich Sie, anzuerkennen, daß die Politik der Regierung eine fehlerhafte gewesen ist, daß sie corrigirt werden muß und corrigirt werden kann, wenn Sie den Vertrag ablehnen und dadurch Oesterreich zum Abschluß eines neuen zwingen. (Bravo.)

Abg. Reichenheim (für den Vertrag): M. H.! Ich erkläre mich für den Vertrag und glaube eben dadurch am besten das allgemeine Landes-Interesse zu wahren. Ich verhehle nicht, daß Art. 25 ein Fehler ist und die Regierung hätte ihn nach den Erfahrungen, die sie mit dem Vertrage von 1852 gemacht hat, beseitigen sollen; sie hätte sich sagen müssen, daß ohne diesen Artikel die Opposition gegen den Vertrag gering sein und daß derselbe mit großer Majorität angenommen werden würde. Ich verhehle mir nicht, daß wir nach 12 Jahren in einen neuen handelspolitischen Streit einzutreten haben werden, aber, m. H., wenn die Regierung beim Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich durch den Einspruch Oesterreichs sich nicht behindert sah, dann bin ich geneigt, die Bedeutung des Art. 25 nicht allzu hoch anzuschlagen.

M. H.! Keine preußische Regierung wird auf eine Zolleinigung mit Oesterreich eingehen können, und wenn die süddeutschen Regierungen wieder einmal eine Agitation für Oesterreich versuchen wollen, so werden die preußischen Industriellen ebenso gut 3 Jahre warten können, wie sie mit dem Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich drei Jahre sich gedulden mußten. Aber übersehen Sie nicht, daß bis zum Ablauf des neuen Vertrages mit Oesterreich 12 Jahre der Entwickelung vor uns liegen. Nicht im Art. 25 sehe ich den Schwerpunkt der Gefahr und den Grund für Inconvenienzen, sondern in dem liberum veto, das leider nicht ausgeschieden werden konnte bei der Reconstituirung des Zollvereins. Wenn der Hr. Vorredner auf die Verhandlungen im österreichischen Reichsrathe hinweist, so muß ich ihm erwidern, daß nicht blos jenseits, sondern auch diesseits Vergünstigungen stattgefunden haben, und wenn er meint, daß die Ablehnung des Vertrages Oesterreich nöthigen werde, einen neuen, uns annehmbaren Vertrag zu schließen, so bin ich der Ansicht, daß die protectionistische Partei in Oesterreich gerade durch diesen Vertrag niedergeschlagen worden ist, und daß die Verwerfung desselben nur dazu dienen kann, diese Partei zu stärken, was uns jedenfalls nicht wünschenswerth sein dürfte. Allerdings könnten einzelne Handelsartikel einen niedrigeren Zoll beanspruchen, z. B. die Garne, deren Zollermäßigung den Bemühungen der Regierung durch den letzten Commissions-Antrag auch anempfohlen wird, aber die einzelnen persönlichen Interessen können nicht in Betracht gezogen werden, wenn es sich um das allgemeine Interesse handelt.

M. H.! Es ist nicht gefährlos, Verbindungen, die seit 12 Jahren bestanden haben, wieder aufzuheben. Denken Sie daran, daß Sie durch Verwerfung des Vertrages unseren Industriellen den österreichischen Markt vielleicht auf Jahre verschließen. Die Gegner des Vertrages möchte ich auch noch darauf aufmerksam machen, daß es in der That bedenklich ist, aus politischen Gründen, die lediglich in der Luft hängen, die allgemeinen Interessen des preußischen Staates zu opfern. Was die Bedeutung des Vertrages anbetrifft, so will ich nur auf Artikel 6 desselben und auf eine einzige Zahl verweisen. M. H.! In den berliner Fabriken sind im Laufe eines einzigen Jahres über 300,000 Stück Kattune für österreichische Rechnung bedruckt worden. Ich bitte Sie, m. H., von dem Artikel 25, dem Fluch der bösen That von Olmütz, abzusehen und darauf zu vertrauen, daß keine preußische Regierung jemals im Stande sein wird, ihm die Bedeutung einzuräumen, die man in Wien vielleicht beanspruchen möchte.

Abg. Graf Bethusy-Huc (gegen den Vertrag, auf der Journalistentribüne wenig verständlich): Er wolle gegen den Vertrag sprechen auch auf die Gefahr hin, daß man ihn in Solidarität mit Herrn Schulze-Delitzsch bringe, und daß der Minister sage: Gott behüte mich vor meinen Freunden. Aber er glaube, daß der Regierung mit der Verwerfung dieses Vertrages ein wesentlicher Dienst geleistet werde, auch wenn sie nicht geneigt sein sollte, dies anzuerkennen. Hauptsächlich sei er gegen den Vertrag wegen des Art. 25 und des immer noch zu sehr schutzzöllnerischen Tarifs. Durch die hohen Eisenzölle sei das Interesse der Provinz Schlesien, das überhaupt reger wahrgenommen werden müsse, in hohem Grade beeinträchtigt. Er lege der Regierung die Hand ans Herz, der Interessen Schlesiens sich anzunehmen.

Abg. Oberweg weis't auf die Nachtheile hin, welche den westfälischen Fabrikanten erwachsen können und stellt den Antrag: „Die königliche Staats-Regierung aufzufordern, auf möglichste Herabsetzung der jetzt erhöhten Zollsätze hinzuwirken und die kaiserliche Regierung zu veranlassen diejenigen Waaren zu den bisherigen Zollsätzen in die österreichischen Staaten eingehen zu lassen, über welche bis dahin Verträge abgeschlossen sind."

Handelsminister Graf Itzenplitz: Der Staat baut in diesem Augenblicke die schlesische Gebirgsbahn und eine zweite Bahn von Görlitz nach Berlin ist gebaut und seit zwei Jahren ist es mein eifrigstes Bemühen, die rechte Oderbahn zu Stande zu bringen und ich kann sagen, daß ich hoffe, ganz nahe mit der Sache zu Rande zu sein und daß ich auch meinerseits nahe daran bin, eine Subvention zu Stande zu bringen. Ob eine solche an anderer Stelle erfolgen wird, das liegt nicht in meiner Hand. Ich glaube, damit gesagt zu haben, daß die Interessen der Provinz Schlesien in keiner Weise verletzt sind. Noch heute werde ich über die Rechts-Oderbahn einen wichtigen Vortrag entgegenzunehmen haben.

Abg. v. Hennig: Als vor einem Jahre zuerst wieder von einem Zolleinigungs-Artikel die Rede war, da nahmen die Blätter zuerst den Kampf dagegen auf, denen meine Freunde Becker, Prince-Smith und Michaelis nahe stehn. Sie erklärten es für unmöglich, daß Preußen nach den Erfahrungen der letzten 2½ Jahre nach Abschluß des Vertrages mit Frankreich noch einmal in eine derartige Mausefalle hineingehen könne. Gegen die höchst wirksamen Ausführungen jener Blätter bemerkte nur die „Kreuz-Zeitung" einmal schüchtern, es wäre doch ein eigenes Ding, man wäre mit Oesterreich in Holstein so engagirt, daß man ihm schon mit der Vertragsklausel einen Gefallen thun könne, einen ganz unschuldigen Gefallen. Nach diesem einsamen schüchternen Versuch wies die „Nordd. Allg. Z." den Gedanken entschieden ab; dann erfuhren wir, daß die Regierung die Klausel selbst abgelehnt habe. Was dann erfolgt ist, davon werde ich am Schlusse meines Vortrages sprechen. Zunächst frage ich in Bezug auf den Zollcartell: was bedeutet denn eigentlich der Schmuggel? Wie kann er zwischen zwischen zwei Staaten geduldet werden? Man erklärt und rechtfertigt zugleich die Freigebung des Schmuggels, indem man sich sagt: Ich bin mit meinem Nachbar zwar nicht im Kriege, aber er behandelt mich durch seine Zollmaßregeln wie seinen Feind, nicht wie seinen Nachbar, und wenn er dafür geschädigt wird, so ist das nicht mehr als recht und billig. Dies System befolgt unsere Regierung Rußland gegenüber.

Unsere Schmuggler lassen sich von den unverzollten Waarenlagern aus von Grenzbeamten bis an die Grenze bringen; finden sie die russischen Zollbeamten wach und auf ihrem Posten, so werden sie von den unsrigen zurückgeleitet, und können die Waaren wieder in die unversteuerten Lager bringen. Hat es nun Oesterreich um uns verdient, daß wir es gegen Rußland begünstigen? Schädigt es uns nicht durch sein Zollsystem, durch seine Intriguen gegen unsern Vertrag mit Frankreich, und wir sollen ihm noch durch den Zollcartell eine Last abnehmen? Eine unerschwingliche Lust, wie sie Herr v. Hock im Reichsrath richtig bezeichnet hat! Damit fallen alle Argumente meines verehrten Collegen Reichenheim, wie seine Voraussetzungen falsch sind. Oesterreich muß, getrieben durch die Macht der Industrie und seine Finanznoth, einen neuen Vertrag mit uns abschließen, wenn wir den Fehler, den die Regierung im Verkennen dieser Umstände, durch Abschluß des Vertrages begangen, durch Ablehnung desselben wieder gut machen. Das ist unsere Schuldigkeit. Oesterreich mag noch anderweite Handhaben für seine Intriguen gegen den Zollverein finden, auch abgesehen von § 25 — mag sein! Aber wir können ihm doch nicht mit sehenden Augen eine besonders geeignete schaffen, sie ihm doch nicht ausdrücklich in die Hand liefern. Der Herr Regierungs-Commissar sagt, unsere Autonomie sei doch gewahrt. Meine Herren, nichts bezeichnet den Vertrag charakteristischer, als daß ein besonderer Passus an seinem Schluß ausdrücklich die Autonomie des preußischen Staates wahrt.

Was ist das für ein Vertrag, in dem schließlich gesagt wird: „Ja, ich bleibe doch ein freier Mann." Was ist einer Großmacht unwürdiger? Dazu sind gegen den Vertrag von 1853 in dem vorliegenden für uns nachtheilige Zollerhöhungen nachzuweisen, nicht nur auf Eisen und Metallwaaren, sondern auch auf Lederwaaren (um 15%), deren Import nach Oesterreich bisher sehr bedeutend war. Eine Landesvertretung soll übrigens zuerst die Würde und Ehre ihres Staates im Auge haben, nicht seinen Vortheil. Denn nur der trägt Vortheile davon, der diese Würde zu wahren versteht. — Entstanden ist die Clausel des § 25 in Folge der bekannten Absage-Depesche, in der Graf Mensdorf Preußen die Freundschaft kündigte. Es war ein neuer Gang nach Olmütz, wenn auch nur auf dem Papiere, das unglückliche Verhältniß mit Oesterreich in den Herzogthümern führte zu der unseligen Clausel. Wegen des Mitbesitzers, mit dem sie nicht vorwärts kommt, mußte unsere Regierung diesen Vertrag abschließen, der unserer Ehre und unseren Interessen zu nahe tritt. Die Absicht, die Clausel nicht zu halten, ist nicht würdig, nicht anständig, nicht einmal für einen Privatmann, geschweige denn für einen Staat. Welche Politik man treiben mag, die sittlichen Grundsätze werden in unserer Zeit immer entscheiden, und die Herren, die sich blos auf Macht und Vortheil stützen, werden es erleben, daß sie keines erreichen, weder die Macht noch die Vortheile (Lebhafter Beifall links).

Abg. Waldeck (für den Vertrag): Gegen die Bedenken gegen § 25 erwidere ich, daß man ja nicht für sich allein, sondern für den Zollverein den Vertrag abzuschließen hatte. Die äußere Politik des Ministeriums muß hier ganz bei Seite gelassen werden. Dieser Vertrag ist da, und der § 25 so modifizirt, daß er ganz unschädlich geworden ist. Die deutsche Zolleinigung ist die große deutsche Einheit, wer ersehnt sie, wer wünscht sie nicht? Liegt nicht hier ein Schritt vor zu diesem Ziele? Alles, was den Verkehr der Völker unter einander befördert, muß man mit Freuden begrüßen, nur so werden die Spannungen der Staaten endigen, welche unter den Völkern nicht im Geringsten existiren. Deshalb begrüße ich jeden solchen Schritt mit Freuden. Der Zollverein ist eine der größten politischen Erscheinungen in Deutschland, nur um ihn zu erhalten, habe ich für den französischen Handelsvertrag gestimmt. Diese preußische Hegemonie in der deutschen Handelspolitik ist das einzige Stück deutscher Einheit, das möchte ich nicht zerstören.

Lust genug bei den deutschen kleinen Staaten, diese preußische Oberherrschaft zu zerstören, ist vorhanden, aber es ist auch dafür gesorgt, daß sich diese Wünsche nicht realisien lassen. Dies beweist der Vorgang in Baiern, wo in der Kammer der Minister v. d. Pfordten die Einführung der allgemeinen Salzsteuer aus finanziellen, wirthschaftlichen und politischen Gründen bekämpfte, die Volksvertretung aber opponirte, und das ministerielle Votum jedenfall nur gegen den Vortheil des Staates gerichtet war, der die Hegemonie führt. Ich will den Zollverein erhalten und werde Alles mit Freuden begrüßen, was ihm Vortheil bringt, also auch diesen Vertrag. Der Zollcartell an sich wäre ohne jeden Handelsvertrag nicht denkbar, einem solchen gegenüber ist er jedoch zu rechtfertigen. Der Zollcartell darf also unserem befürwortenden Votum nicht entgegenstehen. Nach Alledem empfehle ich Ihnen die Annahme des Vertrages.

Der Schluß der allgemeinen Debatte wird beantragt und angenommen. Es erhält nur noch das Wort der Referent Abg. Michaelis: Es ist in der ganzen Art der Erörterungen der vorliegenden Frage eine Veränderung der Situation gegen die Zeit von vor 12 Jahren gekennzeichnet worden, die uns mit einem Gefühl von Befriedigung erfüllen muß. Wir brauchen heute nicht mehr, wie damals, hinwegzuhuschen über diese und jene Bestimmung des Vertrages, wir können heute vor dem Lande und vor Allen, die es interessirt, in aller Ruhe und nach allen Seiten hin die Frage discutiren; wir fühlen uns sicher, weil wir mit dem Zollverein in dieser zwölfjährigen Periode die Probe gemacht haben, und der Zollverein hat diese Probe bestanden. Daß freilich die preußischen Staatsmänner in jener Zeit, als ihr ganzes Bestreben stets darauf gerichtet sein mußte, jedes Hemmniß, welches durch die österreichische Zollvereinspolitik noch hineingetragen werden konnte, um die preußische Autonomie innerhalb des Zollvereins zu schwächen, eben so kräftig zu beseitigen, wie es der § 31 des französischen Handelsvertrags versucht hat, daß sie trotz alledem dieser österreichischen Zollvereinspolitik eine, wenn auch nur theoretische Bedeutung verschafft haben, ist ein Fehler, den sie schwer wieder gut machen können, und von dem es zweifelhaft ist, ob ihn das Haus in dem gegenwärtigen Augenblicke wieder gut machen kann. (Sehr richtig! links.) Aber, meine Herren, man muß sich hier fragen, sind die verbesserten, anderweitigen handelspolitischen Grundlagen geeignet, alle die Bedenken, die aus dem § 25 entstehen, zu entfernen, oder sind sie es nicht.

Die Majorität der Commission hat das erstere angenommen und ist der Ansicht: Die Annahme des Vertrages werde das Mittel sein, in Oesterreich eine freisinnige handelspolitische Entwickelung herbeizuführen, Oesterreich in das System der westländischen Verträge hineinzuleiten, und die Minorität der Commission, zu der freilich auch ich gehöre, hat angenommen, daß diese Sicherheit darin nicht liege, und daß, weil der Vertrag das nicht leistet, was geleistet werden muß, es besser sei, ihn abzulehnen. — Was die vom Abg. Riefenstahl eingebrachte Resolution betrifft, so kann ich dieselbe in keiner Weise gutheißen. Wenn Sie, m. H., den Vertrag ablehnen wollen, dann thun Sie es ohne diese Resolution, und Sie können es nicht anders thun, als daß Sie mit Rücksicht auf die bisher von Ihnen in allen Ihren Abstimmungen befolgte Handelspolitik sagen müssen: pater peccavi! (Sehr wahr! rechts.) Fassen Sie die Situation, den Vertrag in seiner Gesammtheit auf, fragen Sie Ihr patriotisches Gewissen, und geht aus dieser Entscheidung die Verwerfung des Vertrages hervor, so ist es gut für Preußen, daß er verworfen wird, geht aber daraus die Annahme des Vertrages hervor, nun, m. H., so hat die Regierung uns bereits gesagt, sie hoffe mit den entgegenwirkenden Agitationen auf diesem Gebiet fertig zu werden. (Bravo! links.)

Das Haus geht zur Specialdiscussion über und genehmigt Art. 1 und 2. Zu Art. 3 bemerkt Graf Bethusy-Huc, daß die schlesische Eisenindustrie durch den Vertrag so benachtheiligt werde, daß die Drohung mit den noch höheren Sätzen des allgemeinen Tarifs illusorisch sei; eine Steigerung, eine Comparatio existire nur scheinbar. Die Aeußerungen des Handelsministers acceptire Redner dankbar im Interesse seiner Provinz.

Abg. Prince-Smith erledigt bei dieser Gelegenheit zwei Petitionen, die schon vom Abg. Dr. Becker erwähnte der schlesischen Hüttenbesitzer, die der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werden soll und eine aus Warmbrunn, betreffend die Zollfreiheit für Packpapier; über die letztere wird der Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

Abg. Laßwitz nimmt sich der zwischen Oesterreich und Rußland eingekeilten Provinz Schlesien und der ersten Petition an, Oesterreich habe unsere Regierung, wie aus den Aeußerungen des Commissars hervorgeht, hinter das Licht geführt.

Reg.-Commissar Philippsborn lehnt diese Auffassung mit Entschiedenheit ab.

Abg. Graf Franken-Sierstorpff constatirt im Sinne der ersten Petition, daß Oberschlesien von dem Vertrage nachtheilig berührt werde, will aber doch für ihn und speciell für Art. 3 stimmen.

Derselbe wird angenommen mit den Tarifen A. und B., desgleichen alle übrigen Artikel bis zu Nr. 27, endlich der Vertrag im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 99 Stimmen. (Bei der Abstimmung gehen die Fractionen in sehr auffallender Weise auseinander. Mit Nein haben u. a. gestimmt: Lüning, Michaelis (??), Larz, Laßwitz, Mommsen, beide Parrisius, Pauly, Paur, Pelzer, Pieschel, Pietzker, Proff-Irnich, Pruß, Riebold, Riel, Riefenstahl, Röpell, Runge, v. Saucken-Gerdauen, beide Schneider, Schulze (Berlin), v. Seydlitz, Stavenhagen, Taddel, Techow, Värst, Ule, v. Valentini, Virchow, Ziegler, Behm, Böck, Böcking, von Bethusy-Huc, von Carnall, v. Carlowitz, Diederichs, Duncker, Eberty, Forstmann, Frenzel, Dr. Frese, Grabow, Häbler, Hagen, v. Hennig, Harkort I. u. II., Heyl, Hilgers, Hoffmann (Ohlau), Hoppe, Dr. Joh. Jacoby, Immermann, beide John, Kalau v. d. Hofe, Dr. Kosch, Kerst, Dr. Löwe, André, Krieger (Goldap). Das Geräusch im Saale ist während der Abstimmung so groß und das Verständniß für die Journalistentribüne so schwierig, daß eine genaue Aufzählung der Gegner des Vertrages unmöglich ist.

Damit ist zugleich die von den vereinigten Commissionen vorgeschlagene Resolution angenommen, die Regierung möge auf Herabsetzung des Eingangszolles für rohes leinenes Maschinengarn auf 15 Sgr. pro Centner hinwirken. Der Antrag des Abg. Oberweg wird abgelehnt, der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Vereins-Zolltarifs, ohne Debatte angenommen, mit den Petitionen wird so verfahren, wie der Abg. Prince-Smith als Spezial-Referent der vereinigten Commissionen oben im Namen derselben beantragt hatte, also die sehr wichtige der schlesischen Hüttenbesitzer der Regierung mit der Aufforderung überwiesen, „bei passender Gelegenheit auf eine gegenseitige ermäßigende Reform der Zölle für Eisen und Eisenwaaren hinzuwirken."

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Tagesordnung: Interpellation des Abg. Schulze (Berlin), Etat des Ministeriums des Innern und Fortsetzung der heutigen T.-O.)

Telegraphische Depeschen.

London, 23. Mai Nachts. Unterhaus. Maguire beantragt den englischen Lumpenausfuhrzoll behufs des Papierfabrikenzolles einzuführen. Der Handelsminister opponirend, erwähnt die Herabsetzung des Lumpenausfuhrzolles in den meisten Continentalstaaten, hofft auf Herabsetzung desselben in Dänemark und Oesterreich. Der Antrag wird mit 45 Stimmen Majorität verworfen. (Wolff's T. B.)

Madrid, 23. Mai. (Abends.) Das „Journal Politica" versichert, die Regierung werde in einer Note an Portugal Klage führen über die Gestattung öffentlicher Subscriptionen zu Gunsten der Opfer vom 10. April. (Wolff's T. B.)

Flensburg, 23. Mai. Herzog Christian August v. Augustenburg ist mit seinem Sohne, dem Prinzen Christian, soeben hier eingetroffen und sofort nach Gravenstein weitergereist.

London, 22. Mai. Nachrichten aus Newyork, 13. d., melden: Die gegen Jefferson Davis vorliegenden Beweise seiner Mitschuld an der Ermordung Lincoln's sind so schlagender Natur, daß seine Auslieferung seitens des Staates, wohin er sich flüchtet, unvermeidlich ist. Das washingtoner Kabinet hat die Frage, ob den Negern das Stimmrecht zu verleihen sei, in Erwägung gezogen. (N. fr. Pr.)

London, 23. Mai. Nachrichten aus Shanghai vom 22. April bestätigen, daß Prinz Kong am Ruder bleibt. Die Insurgenten haben in Amoy große Verheerungen angerichtet. — Die japanesische Regierung hat erklärt, die Unterthanen aller mit Japan nicht in Verträgen stehenden Mächte von den den letzteren gewährten Vortheilen ausschließen zu wollen.

= **Breslau,** 24. Mai. [Feuersgefahr.] Gestern Abend in der 9. Stunde rückte die Feuerwehr nach dem Hause Schuhbrücke Nr. 69, wo in dem dortigen Backkeller Holz, Werkzeug ꝛc. brannte, während die hölzerne Kellertreppe bereits von den Flammen verzehrt war, doch gelang es in kurzer Zeit, die Gefahr zu beseitigen. Wahrscheinlich sind aus dem im Keller befindlichen Kesselofen glühende Kohlen auf das Holz gefallen und haben dieses entzündet.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 23. Mai 10 U. Ab.	334,18	+17,0	SO. 1.	Heiter.
24. Mai 6 U. Mrg.	333,68	+14,2	O. 1.	Heiter.

Breslau, 24. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 9 Z. U.-P. 1 F. 10 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 23. Mai, Nachm. 3 Uhr. Der heutige Limayrac'sche Artikel des „Constitutionnel" blieb ohne Einfluß auf die Börse. Die Unentschlossenheit der Spekulanten dauerte fort. Gegen das Ende der Börse viele Angebote. Die 3proz. eröffnete zu 67, 40, fiel bis 67, 15 und schloß bei geringen Umsätzen in sehr matter Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89¼ gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 22½. Italien. 5proz. Rente 65, 82. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 437, 50. Credit-Mobilier-Aktien 765, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 516, 25.

London, 23. Mai, Nachm. 4 Uhr. Schönes Wetter. Consols 89⅛. 1proz. Spanier 39½. Sardinier 79. Mexikaner 24½. 5proz. Russen 90½. Neue Russen 89½. Silber —. Türk. Consols 47⅞. 6proz. Ver. St.-Anl. pr. 1882 65 13/16. Hamburg 3 Mon. 13 Mk. 9¾ Sh. Wien 11 Fl. 20 Kr.

Der Dampfer „City of London" ist mit 605,000 Doll. in Crookhaven, der Dampfer „City of Glasgow" in Queenstown eingetroffen.

Wien, 23. Mai, Nachm. 2 Uhr. Schwankend. — Schluß-Course: 5proz. Metall. 70, 80. 1854er Loose 88, —. Bank-Aktien 801. Nordbahn 182, 30. Nat.-Anl 75, 90. Credit-Aktien 183, 10. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 188, 50. Galizier 212, 25. London 109, 35. Hamburg 81, 25. Paris 43, 45. Böhm. Westbahn 167, 50. Credit-Loose 125, 80. 1860er Loose 92, 65. Lomb. Eisenbahn 226. Neues Lotterie-Anl. —.

Frankfurt a. M., 23. Mai, Nachm. 2½ Uhr. Oesterr. Effekten ziemlich fest, aber ruhig. Amerikaner lebhaft, befestigten sich. Schluß-Course: Wiener Wechsel 108. Finnl. Anl. 86 B. Neue 4½proz. Finnl. Pfandbriefe 84⅝ B. 6proz. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 71. Oesterreich. Bank-Anth. 863. Oesterr. Credit-Aktien 198. Darmst. Bank-Aktien 229. Oesterr.-Französ. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 121 B. Böhmische Westbahn 79. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 150¾. Hessische Ludwigsb. 130¼. Darmst. Zettel-Bank 254 B. 1854er Loose 78½. 1860er Loose 86. 1864er Loose 94¾. Oesterr. Nat.-Anl. 67⅞. 5proz. Metall. 64⅛. 4½proz. Metall. 56⅜.

Hamburg, 23. Mai, Nachm. 2½ Uhr. Matt. Sehr heiß. Schluß-Course: National-Anl. 69½. Oesterr. Credit-Aktien 84. Oesterr. 1860er Loose 85¼. Vereinsbank 106½. Norddeutsche Bank 115⅝. Rheinische 114. Nordbahn 74. Finnl. Anl. 83¼. 6proc. Ver. Staaten-Anl. pr. 1862 64⅛. Diskonto 2¾. Wien 83, —. Petersburg 27⅝.

Hamburg, 23. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen sehr still. Mai-Juni 5400 Pfd. netto 97½ Bancothaler Br., 96½ Gld., pr. Sept.-Okt. 105 Br., 104 Gld. Roggen loco sehr fest. Mai-Juni 5100 Pfd. brutto 88 Br., 87 Gld. Pr. Sept.-Okt. 73½ Br., 73 Gld. Ab Danzig pr. Sept. 65—66 gefordert, 64 geboten. Oel Mai 28, Okt. 28¾. Kaffee etwas mehr Consum-Geschäft. Zink verkauft 1000 Ctr. beliebte Marken kurze Loco-Lieferung zu 14¼.

Liverpool, 23. Mai. Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 10,000 bis 15,000 Ballen Umsatz. Amerikanische 15½, fair Dhollerah 11¼, middling fair Dhollerah 10, middling Dhollerah 8½, Bengal 6½—6¾, Domra 11¼, Pernam 15½.

Berliner Börse vom 23. Mai 1865.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	102 G.
Staats-Anl. von 1859	5	106 bz.
dito 1850, 52	4	98⅜ bz.
dito 1853	4	98⅜ bz.
dito 1854	4½	102 bz.
dito 1855	4½	102 bz.
dito 1856	4½	102 bz.
dito 1857	4½	102 bz.
dito 1858	4½	102 bz.
dito 1864	4½	102 bz.
Staats-Schuldscheine	3½	90¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129½ G.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	86⅞ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	86¼ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	95½ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	90⅞ bz.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	97¼ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	97¼ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	96⅜ bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	97¼ bz.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	97¾ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	98⅛ B.
Rentenbriefe. Schlesische	4	98⅜ G.

Louisd'or 111¼ bz. Oest.Bkn. 93⅛ bz.
Goldkronen 9. 9¾ G. Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	65¼ à ½ bz. u. B.
dito Nat.-Anl.	5	70¼ bz. u. B.
dito Lott.-A. v. 60	5	86 à 86¼ à ⅛ bz.
dito dito 64	—	54½ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	82 B.
dito Eisenb.-L.	—	77½ bz. u. G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	64¾ B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	90¾ G.
dito Holl. Anl. 1864	5	93½ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73⅝ gr A., kl. 73 bz.
Poln.-Pfandbr. III. Em.	4	75⅛ à ¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90¼ B.
dito à 300 Fl.	5	92¾ B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	56⅜ etw. bz.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	30 G.
Amerikan. St.-Anl.	6	71½, 72, 71¾ bz.
Schwed. 10 Th. Loose	—	— —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	101¼ B.
dito II.	4½	100⅞ B.
dito IV.	4½	100¼ G.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	83 B.
Cöln-Minden	4½	101¼ G.
dito II.	5	104 B.
dito	4	94¼ B.
dito III.	4	92¾ B
dito	4½	101¼ bz.
dito IV.	4	92½ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	90 B.
dito III. Em.	4½	96 B.
Galiz. Ludwigsb.	5	89 bz.
Niederschl.-Märk.	4	96¾ bz.
dito conv.	4	96¾ etw. bz. u. B.
dito III.	4	94½ bz.
dito IV.	4½	— — —
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	— — —
Oberschles. A.	4	96 G.
dito B.	3½	85½ B.
dito C.	4	95½ G.
dito D.	4	95½ G.
dito E.	3½	84 B.
dito F.	4½	101½ G.
Oest.-Franz.	3	255½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	245½ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	101 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	100 G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1864	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	47/30	3½	101¼ G.
Aachen-Mastrich	—	—	4	47 bz.
Amsterd.-Rottd.	6¼	6 19/20	4	120¾ bz.
Berg.-Märkische	6½	7½	4	135 bz.
Berlin-Anhalt	9¾	11⅚	4	191½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	89¾ B.
dito St.-Prior.	—	—	5	99¾ bz.
Berlin-Hamburg	7¼	10	4	143 bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	16	4	224½ B.
Berlin-Stettin	8⅓	8⅓	4	135⅝ bz. (i. D.)
Böhm.-Westb.	5	5	5	78 bz.
Breslau-Freib.	7½	8⅔	4	142¼ bz.
Cöln-Minden	12 11/12	—	3½	224½ bz.
Cosel-Oderberg.	1½	¾	4	60½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	87 B.
dito dito	—	—	5	91¾ bz.
Galiz. Ludwigsb.	6	—	5	98¾ à ½ bz. u. B.
Ludwigsh.-Bexb.	9	9⅕	4	149¼ G.
Magd.-Halberst.	22⅔	25	4	242 bz.
Magdb.-Leipzig	17	18¾	4	267 bz.
Mainz-Ludwigsh.	7	7½	4	129⅝ bz.
Mecklenburger	2½	3½	4	81¾ bz.
Neisse-Brieger	4⅓	4⅓	4	89½ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	96½ bz. u. G.
Niederschl. Zwgb.	2⅔	4 1/12	4	84½ bz.
Nordb., Fr.-Wilh.	3 7/12	—	4	75⅛ bz. u. G.
Oberschles. A	10½	10	3½	171¾ bz.
dito B.	10½	10	3½	152½ bz.
dito C.	10½	10	3½	171¾ bz.
Oestr.-Fr. St. B.	5	—	5	116½ bz. u. G.
Oest. südl. St.-B.	8	8	5	139¾ 40¼ à 140 bz.
Oppeln-Tarn	2½	3¼	4	80¼ bz.
Rheinische	6	—	4	115¾ bz.
dito Stamm-Pr.	6	—	4	116½ G.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29 bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	5	6⅔	3½	103 B.
Stargard-Posen	4⅚	3½	3½	97¾ bz.
Thüringer	7⅗	8	4	134 B
Warschau-Wien	—	—	5	68⅞ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1863	1864	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	130 G.
Braunschw. B.	—	—	4	84¾ B.
Bremer Bank	5⅘	7 3/10	4	115¾ G.
Danziger Bank	6	7½	4	115¾ G.
Darmst. Zettelb.	6	8	4	101½ etw. bz.
Geraer Bank	7	8	4	106⅜ etw. bz.
Gothaer „	6½	7	4	101¼ G.
Hannoversche B.	5⅕	5⅔	4	97 mehr bz.
Hamb. Nordd. B.	6⅜	7⅝	4	116½ B.
„ Vereins-B.	6 13/32	7 21/32	4	106½ B.
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	110½ bz.
Luxemburger B.	9	4	4	83¾ G.
Magdeburger B.	4½	5 9/10	4	101½ B.
Posener Bank	5 8/15	7	4	101¼ B.
Preuss. Bank.-A.	7 37/40	10 19/20	4½	146 B.
Thüringer Bank	4	4	4	76½ etw. bz.
Weimar „	5½	7	4	101 bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	111½ etw. bz.
Coburg. Credb. A.	7	8	4	99 B.
Darmstädter „	5½	6	4	91¼ Klgkt. bz.
Dessauer „	—	—	—	3 p. St. etw. bz.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	102½ bz. u. G.
Genfer Credb. A.	1	—	4	42 bz. u. B.
Leipziger „	4	—	4	85½ bz. u. G.
Meininger „	7	7¼	4	101⅜ G.
Moldauer Lds.-B.	2⅓	2⅓	4	33½ bz. u. B.
Oesterr. Credb. A.	6	5	5	85¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6½	4	110¼ G.
Minerva	—	—	5	35¼ G.
Fbr. v. Eisenbbfd.	8	8½	5	119 bz.
Schles. Feuerv.	—	8	4	— — —

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143⅞ bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 bz.
dito dito	2 M.	143⅛ bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	152⅛ bz.	dito dito	2 M.	99½ G.
dito dito	2 M.	151¼ bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 26 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 23 bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W.	88¾ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 bz.	dito dito	3 M.	88 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	92⅞ bz.	Warschau 90 S.-R.	8 T.	80⅜ bz.
dito dito	2 M.	92¼ bz	Bremen 100 Thlr.	8 T.	111⅛ bz.

Breslau, 24. Mai. Wind: Ost. Wetter: schön. Thermometer Früh 15 Grad Wärme. Bei ruhigem Geschäftsverkehr ist vom heutigen Markte nichts Verändertes zu berichten.

Weizen ruhig, pr. 84 Pfd. weiße bruchfreie Waare 65—70 Sgr., wenig erbrochene 56—60 Sgr., erwachsene 52—54 Sgr., feinste Sorte erwachsene 50—52 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 62—64 Sgr., wenig erbrochene 54 bis 58 Sgr., erwachsene 46—49 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen in Mittelsorten mehr beachtet, pr. 84 Pfd. 47—49 Sgr., feinste Sorte bis 50 Sgr. — Gerste schwach beachtet, pr. 74 Pfd. weiße 38—39 Sgr., helle 34—35 Sgr., gelbe 33—34 Sgr. — Hafer ohne Aenderung, pr. 50 Pfd. 28—30—31 Sgr. — Erbsen gesucht. — Wicken angeboten, 59—60—62 Sgr. — Oelsaaten ohne Umsatz. — Lupinen wenig zugeführt. — Schlesische Bohnen in feiner Waare sehr gesucht. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapskuchen fest, 56 bis 57 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen, alter	60—65—74	Erbsen	60—65—70
„ „ neuer	62—68	Wicken	58—60—61
Gelber Weizen, alter	60—64—69	Lupinen	45—60—75
„ „ neuer	58—65	Bohnen	70—80—92
Erwachsener Weizen	50—54—58		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	47—49—50	Schlag-Leinsaat	160—180—190
Gerste	32—34—39	Winter-Raps	— — —
Hafer	27—29—30	Winter-Rübsen	— — —

Kleesaat ohne Frage, rothe ordinäre 16—19 Thlr., mittle 21—23 Thlr., feine 26—29 Thlr., hochfeine über Notiz bezahlt, — weiße ordinäre 11 bis 12½ Thlr., mittle 13½—15½ Thlr., feine 16½—18½ Thlr., hochfeine 20 Thlr. und darüber pr. Centner.

Thymothee schwacher Umsatz, 11—14 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 20—24 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 14 1/12 Thlr., Mai 14 1/12 Thlr., pr. Herbst 14 5/12 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13½ Thlr., Mai 13½ Thlr., Herbst 14¾ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.